

# Europa Monitoring

Nr. 16 in 2022



## Deutschland

### MevlÜde Genç gestorben

MevlÜde Genç und ihr Mann Durmuş Genç hatten im Mai 1993 zwei Töchter, zwei Enkelkinder und eine Nichte verloren, nachdem Rechtsextremisten Brandsätze in ihr Haus in Solingen geworfen hatten. In der Nacht des 29. Mai 1993 hatten die vier rechtsradikalen Männer das Haus der türkischstämmigen Familie in Solingen angezündet. 17 Familienmitglieder waren dabei schwer verletzt worden. Schon kurz nach dem Attentat hatte sie zur Versöhnung aufgerufen.

Für die Bundesrepublik war der Brandanschlag



MevlÜde Genç mit Angela Merkel; Foto: dpa

von Solingen ein Höhepunkt einer Welle rassistischer Gewalttaten, die damals über das Land schwappte. Für MevlÜde Genç zerstörte er, was ihr im Leben lieb war. "Nach 1993 ist meine Welt zusammengebrochen", sagte sie 20 Jahre später: "Ich habe fünf meiner Kinder an einem Tag

verloren und am selben Tag in Säрге gelegt." Sie sprach vom Schmerz, der sie nicht mehr losließ: "Ich kann ihn nicht mehr tragen."

Wie wenige andere hat MevlÜde Genç den Glauben an das Gute im Menschen verkörpert", äußerte sich Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst laut Angaben der Düsseldorf-Staatskanzlei nach ihrem Tod. "Wir werden MevlÜde Genç und ihr Wirken schmerzlich vermissen. Unsere Gedanken und Gebete sind bei ihrer Familie", sagte der CDU-Politiker. MevlÜde Genç wäre im kommenden Februar 80 Jahre alt geworden.

Die NRW-Landesregierung stiftete ihr 2018 zu Ehren eine MevlÜde-Genç-Medaille für besondere Verdienste um Toleranz, Versöhnung zwischen den Kulturen und um das friedliche Miteinander der Religionen. "MevlÜde Genç hat den Frieden und die Versöhnung immer an erste Stelle gesetzt. Sie verstand es, den unermesslichen Schmerz, der ihr zugefügt wurde, umzuwandeln in Kraft, um sich für andere Menschen einzusetzen. Sie hat den Hass, die Gewalt und die Missgunst, die ihr entgegenschlugen, als Großherzigkeit und Toleranz zurückgegeben", sagte Wüst. Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) teilte mit: "Nach dem rassistischen Anschlag von Solingen hat sie sich geweigert, die Mörder zu hassen. Rassisten leben von Hass - genau den hat sie denen nie geben. Sie wird für immer mein großes Vorbild bleiben."

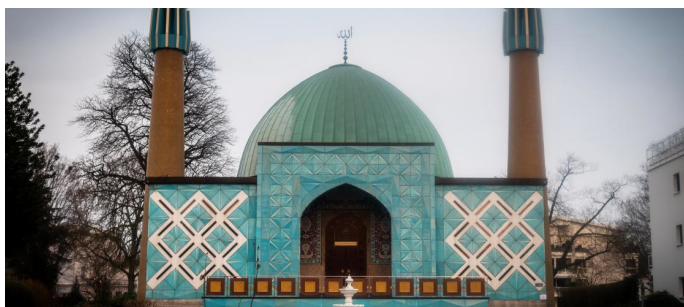
Auch die NRW-Integrationsministerin Josefine

Paul (Grüne) gedachte Genç in einer Mitteilung ihres Ministeriums nach ihrem Tod: "Zeit ihres Lebens hat Mevlüde Genç zu Toleranz und einem friedlichen Miteinander zwischen den Kulturen aufgerufen. Dafür gebührt ihr mein Dank und der unserer gesamten Gesellschaft. Meine Gedanken sind bei Familie und Freunden dieser beeindruckenden und starken Frau."

## **Islamisches Zentrum – Vize-Chef kommt**

### **Abschiebung zuvor**

Lange wurde über die Ausweisung oder eine Ausreise von Seyed Soleiman M., dem stellvertretenden Leiter des Islamischen Zentrums Hamburg (kurz IZH), spekuliert – nun hat die Hamburger Innenbehörde für Klarheit gesorgt. Diese teilte mit, dass der Iraner das Land in Richtung seiner Heimat verlassen hat. Er kam damit einer Abschiebung zuvor. M. hatte sich zuvor wiederholt juristisch gegen eine Ausweisung gewehrt, zuletzt hatte Mitte Oktober das Hamburgische Obergericht einer Beschwerde gegen die Ausweisungsverfügung zurückgewiesen. Die Vorwürfe gegen M. werden auch durch Erkenntnisse des Landesamts für Verfassungsschutz gestützt. Sie sollen belegen, dass der Betroffene Verbindungen zu zwei für die „Hizb Allah“ tätigen Spendensammelvereinen unterhalten hat, die mittlerweile wegen Terrorfinanzierung durch das Bundesinnenministerium verboten wurden. Das würden etwa entsprechende Besuche bei „Hizb Allah“-nahen Vereinen belegen. Darüber hinaus habe der Betroffene enge Kontakte zu



*Foto: Bertold Fabricius*

Vertretern der „Hizb Allah“ im Libanon gepflegt. Die „Hizb Allah“ (übersetzt: „Partei Gottes“) sei für eine Vielzahl von Anschlägen verantwortlich und

stellt das Existenzrecht Israels offen in Frage oder ruft zu dessen gewaltsamer Beseitigung auf. Seit April 2020 gilt deswegen ein Betätigungsverbot in Deutschland.

Das IZH ist über den Schura-Landesverband Teil des Islamstaatsvertrags mit der Stadt Hamburg. Dieser Vertrag steht zur Verlängerung an, in den vergangenen Wochen wurde deutlich, dass die Hamburger Regierungsparteien das aber von einem Ausscheiden des IZH abhängig macht.

## **Innenministerin in Katar**

Bundesinnenministerin Nancy Faeser traf in Katar den Regierungschef, um kurz vor der Fußball-WM über das Thema Menschenrechte zu sprechen. Zuvor hatten sich Faeser und DFB-Präsident Bernd Neuendorf über die letzten Vorbereitungen für die Fußball-WM informiert. Die für den Spitzensport zuständige SPD-Ministerin sprach



*Luise Amtsberg; Foto: Bündnis 90/Die Grünen*

in der katarischen Hauptstadt Doha mit dem Generalsekretär des WM-Organisationskomitees, Hassan al-Thawadi.

Im Mittelpunkt der zweitägigen Reise Faesers standen Menschenrechtsfragen, die rund um das Turnier diskutiert wurden, etwa der Schutz von queeren Menschen vor Diskriminierung und die Verantwortung für Wanderarbeiter, die die WM-Stadien gebaut haben.

Vor Beginn von Faesers Besuch hatte sich die katarische Regierung beschwert, weil die deutsche Sportministerin die WM-Vergabe an Katar im deutschen Fernsehen öffentlich kritisiert hatte. Eigentlich sollte auch die Menschenrechtsbeauftragte Luise Amtsberg dabei sein. Aber sie sagte kurzfristig ihre Teilnahme an Faesers Katar-Reise



ab. Die jüngsten Entwicklungen hätten verdeutlicht, wie schwierig es im Vorfeld der Fußball-WM sei mit der katarischen Regierung „die von mir geplanten offenen und auch kritischen Gespräche über die Menschenrechtslage in Katar zu führen“, erklärte Amtsberg. Daher habe sie sich entschlossen, die Reise zu einem späteren Zeitpunkt zu unternehmen.

Mit den „jüngsten Entwicklungen“ dürfte sie unter anderem die ungewöhnliche Reaktion des Emirats auf Faesers Äußerungen im Vorfeld ihrer Reise meinen. Nachdem die Innenministerin am 27. Oktober die WM-Vergabe an Katar kritisiert hatte, bestellte der Golfstaat einen Tag darauf den deutschen Botschafter ein und übergab ihm eine Protestnote.

Kurz vor Faesers Kritik an Katar hatte ein Bericht von Human Rights Watch (HRW) für Aufsehen gesorgt. Vier Transfrauen, eine bisexuelle Frau und ein Homosexueller haben der Menschenrechtsorganisation erzählt, wie sie die katarische Polizei in einen Folterkeller in al-Dafneh, einem der Hochhausviertel der Hauptstadt Doha, verschleppt haben soll.

Auf die Frage, ob Faeser gegenüber al-Thani den HRW-Bericht ansprechen wird, wick das Bundesinnenministerium auf Nachfrage aus und verwies auf eine hauseigene Pressemitteilung vom 28. Oktober über Faesers Katar-Reise, in der unter anderem vom „Schutz queerer Menschen“ die Rede ist.

Die im HRW-Bericht geschilderten Misshandlungen, al-Thanis politische Verantwortung für die Übergriffe – all das fehlt in der Pressemitteilung. Al-Thani tritt darin lediglich als Faesers „Counterpart“ auf, mit dem sie sich über die „Reformen und deren Weiterführung nach dem Abschluss des Turniers“ austauschen werde. Welche Reformen genau gemeint sind, wird in der Pressemitteilung nicht konkretisiert.

## Österreich

### Österreichische Motoren für iranische Drohnen

Stolz betont man in Österreich immer wieder die Neutralität – und doch werden Motoren österreichischer Firmen in iranischen Kampfdrohnen verbaut, die Russland im Krieg gegen die Ukraine einsetzt.

Shahed-136 lautet die Typenbezeichnung jener Kamikaze-Drohnen iranischer Bauart, mit denen Russland zivile Ziele in der Ukraine intensiv angreift. Hunderte dieser Drohnen soll Russland vom Iran erstanden haben.

Die darin verbaute Technik ist nicht ausschließlich iranisch. Motoren der Firma Rotax mit Sitz in Oberösterreich treiben die Shahed-136 an. Das wurde vor wenigen Tagen bekannt als die ukrainische Armee eine abgeschossene Drohne wieder zusammensetzte und den Hersteller des Motors identifizieren konnte.



Teil einer Shahed-Drohne in der Ukraine Foto: WSJ

Für die österreichische Regierung ist das heikel. Denn nicht nur untersagen internationale Sanktionen die Ausfuhr militärischer oder militärisch verwendbarer Güter an den Iran. Österreich ist ein neutrales Land und trägt diesen Status auch in der gegenwärtigen Weltlage eisern vor sich her. Die EU-Sanktionen gegen Russland hat Wien nur widerwillig unterstützt, Waffen an die Ukraine liefert es nicht.

Umso erstaunlicher ist es, dass nun eine Kriegspartei mit österreichischem Material unterstützt

wird. Und das nicht zum ersten Mal. Bereits 2021 stellte sich heraus, dass Motoren der Firma Rotax in Kampfdrohnen verwendet wurden. Damals handelte es sich um eine türkische Bayraktar-Drohne, die Aserbaidschan im Krieg gegen Armenien eingesetzt hat. Das ergab eine parlamentarische Anfrage der liberalen Partei NEOS.

Österreich hat den Verhaltenskodex der EU für Waffenausfuhren angenommen, der bestimmte Standards beim Export von Kriegsgerät vorsieht. Hinzu kommt die nationale Gesetzgebung, die eine Ausfuhr an kriegsführende Nationen untersagt.

Waffenexporte werden vom Innenministerium geprüft, der Export von Gütern, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können – sogenannte Dual-Use-Güter –, werden vom Wirtschaftsministerium kontrolliert. Dort hieß es auf Presseanfrage, die Motoren würden nicht der Dual-Use-Regelung unterliegen, die Ausfuhr sei daher nicht genehmigungspflichtig gewesen. Außerdem sei der Export über einen in Italien ansässigen Vertriebspartner erfolgt. Eine Ausfuhr genehmigung falle also in die Zuständigkeit italienischer Behörden.

## Israel

### Rechts-Bündnis gewinnt Parlamentswahlen

Der rechtskonservative Oppositionsführer Benjamin Netanjahu hat nach Auszählung aller Stimmen die Parlamentswahl in Israel gewonnen. Sein rechts-religiöses Lager konnte eine Mehrheit von 64 der 120 Sitze im Parlament (Knesset) sichern. Die Likud-Partei des 73-jährigen wurde demnach stärkste Kraft mit 32 Parlamentssitzen. Dahinter kommt die Zukunftspartei des liberalen Ministerpräsidenten Jair Lapid mit 24 Mandaten.

Lapid gratulierte seinem politischen Kontrahenten am Abend zum Wahlsieg. Der Staat Israel stehe über allen politischen Erwägungen, schrieb er nach einem Telefonat mit Netanjahu auf Twitter. Er wünsche ihm „Glück zum Wohle des israelischen Volkes und des Staates Israel“. Er habe alle Abteilungen des Ministerpräsidentenbüros angewiesen, sich auf eine geordnete Machtübergabe vorzubereiten.

Zum ersten Mal in der Geschichte Israels schaffte

es ein rechtsextremes Bündnis auf den dritten Platz. Die Religiös-Zionistische Partei von Bezalel Smotrich und Itamar Ben-Gvir gilt als Königsmacher für Netanjahu und kam auf 14 Sitze. Die linksliberale Meretz-Partei sowie die arabische Balad-Partei scheiterten knapp an der 3,25-Prozent-Hürde.



Rechtsextremist Itamar Ben-Gvir Foto: Jonatan Sindel

Die Menschen in Israel hatten zum fünften Mal innerhalb von nur dreieinhalb Jahren über die Zusammensetzung der Knesset abgestimmt. Die Wahlbeteiligung war dennoch mit 71,3 Prozent vergleichsweise hoch. Die aktuelle Acht-Parteien-Koalition war im Juni zerbrochen, nachdem sie nach nur zwölf Monaten ihre Mehrheit verloren hatte.

Präsident Izchak Herzog hat nun bis zum 16. November Zeit, einen Kandidaten mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Dieser hat dafür 28 Tage Zeit, mit einer möglichen Verlängerung um weitere 14 Tage.

